



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

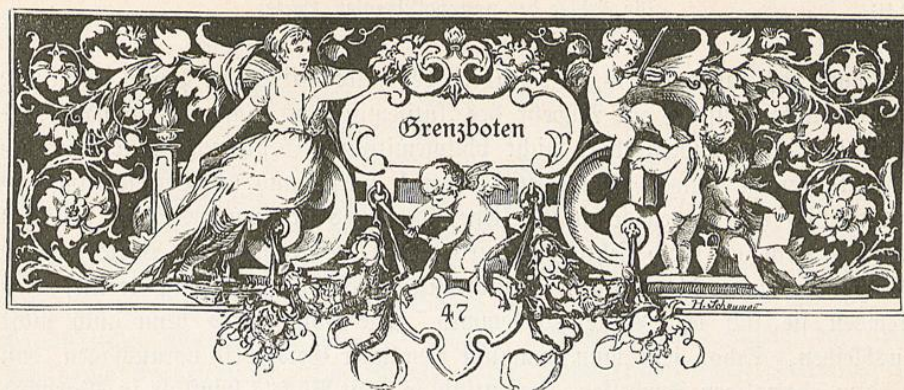
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Fehler der nationalliberalen Partei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Fehler der nationalliberalen Partei

Schleunige Betrachtungen sind es nicht, die man augenblicklich über das Verhalten der nationalliberalen Partei anstellen muß; vielmehr beschleichen den Vaterlandsfreund Gefühle des Bedauerns, wenn er sieht, wie eine Partei, der das Verdienst, erfolgreich an der Errichtung des deutschen Reichs mitgearbeitet zu haben, unverkürzt bleiben muß, langsam aber sicher dem Untergange oder doch der Bedeutungslosigkeit entgegengeht, es müßte denn sein, daß sie noch in letzter Stunde auf dem verderblichen Pfade umkehrte. Merkwürdigerweise zerbricht man sich im nationalliberalen Lager ganz unnütz den Kopf darüber, wie die Konservativen ihr neues Programm gestalten werden; man begegnet in der nationalliberalen Presse öfter ganz unbegründeten absprechenden Äußerungen über die Lage der konservativen Partei, während sie doch daran denken sollte, daß es im eignen Hause noch viel schlechter bestellt ist.

Der erste Fehler der nationalliberalen Partei von heute ist ihr Mangel an Aufrichtigkeit, um nicht zu sagen die Heuchelei, die namentlich in einer Angelegenheit getrieben wird. Wenn die Konservativen beabsichtigen, in ihrem neuen Programm Christen- und Deutschtum schärfer zu betonen und das Eindringen des Judentums in die maßgebenden Stellen abzuwehren, dann geben sich die Nationalliberalen, als ob das ein schrecklicher Rückfall ins finsterste Mittelalter wäre, und ihre Presse triest vor Entrüstung; und doch denkt man im nationalliberalen Lager genau so, man empfindet es dort genau so, daß die steigende Macht des Judentums ein Krebsgeschaden für das deutsche Volk ist, und man äußert sich in diesem Sinne, wenn man — unter sich ist. Nach außen hin aber (mit alleiniger löblicher Ausnahme der sächsischen Nationalliberalen) verdammt man die antisemitische Bewegung, erklärt sie für eine

Schmach des Jahrhunderts, und Führer der nationalliberalen Partei setzen ihre Namen unter Aufrufe zur Abwehr des Antisemitismus, anstatt daß man, was doch bei ihrer unbestreitbar nicht philosemitischen Gesinnung mindestens gefordert werden könnte, wenigstens neutral bliebe und die Verteidigung des Judentums den Juden selbst überließe, denen es ja dazu weder an geistigen Waffen noch an Geld fehlt. Dadurch, daß die Führer der Partei an die Spitze der ganz überflüssigen „anti-antisemitischen“ Bewegung treten, entfremden sie sich dem Volke vollkommen. Die Folge wird denn auch nicht ausbleiben. Schon jetzt kann man mit ziemlicher Gewißheit voraussagen, daß in dem ehemaligen Kurhessen, namentlich so weit Bückels Einfluß in Marburg reicht, und nicht minder in Hessen-Darmstadt der Antisemitismus den Nationalliberalen bei den nächsten Reichstagswahlen ernstlich zu schaffen machen, ja vielleicht sie gar aus den Mandaten verdrängen wird. Dies würde nicht geschehen, wenn die Nationalliberalen der antisemitischen Bewegung gegenüber eine neutrale Haltung bewahrten, wenn sie sich ferner nicht scheuten, der Wahrheit die Ehre zu geben und die wirtschaftlichen Schädigungen, die durch bäuerlichen Wucher (Viehleihe u. s. w.) hervorgerufen werden, zuzugestehen, und sich ernsthaft an der Arbeit beteiligten, durch Gründung bäuerlicher Kreditkassen (natürlich nach Raiffeisen) das Landvolk von den blutsaugerischen Elementen zu befreien. Sie hätten da ein schönes Vorbild in der eignen Partei: der nationalliberale Landrat und Abgeordnete Dr. Knebel in Merzig bei Trier hat, ohne irgendwie mit antisemitischen Schlagworten um sich zu werfen, durch stille und stetige Arbeit im Verein mit gleichgesinnten Männern seinen Kreis und die nächste Nachbarschaft von den Viehwucherern und den Wucherern überhaupt vollkommen befreit. Sicherlich ist es durchaus löblich, daß man die verfassungsmäßigen Einrichtungen hochhält, und wir wollen den Nationalliberalen in keiner Weise zureden, die staatsrechtliche Stellung der Juden anzugreifen, aber die Zaghaftigkeit, die darin liegt, daß man Schäden, die man im stillen als vorhanden anerkennt, öffentlich ableugnet und die, die auf sie hinweisen, bekämpft, wird sich bitter rächen. Leider ist nur wenig Aussicht vorhanden, daß sich in dieser Beziehung bald eine Besserung zeigen wird, denn ihre wohl kaum mehr zu vermeidende Annäherung an die Freisinnigen wird die Nationalliberalen mehr oder minder auch unter den Einfluß der Richterschen Schlagwörter und in den Bann ihres erheuchelten Philosemitismus bringen. Doch ist das nur von den eigentlichen „Politikern“ anzunehmen, der Wähler wird sich dadurch nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern sich einfach nach einer Partei umsehen, die seine Ansichten besser und thatkräftiger vertritt.

Vergeblich ist es beklagt worden, daß die nationalliberale Partei trotz der Heidelberger Erklärung, mit der sie die Schutzollpolitik des Fürsten Bismarck anerkannte, in wirtschaftlicher Beziehung ihre schwankende Haltung nicht aufgegeben hat. Es ist zwar richtig, daß sich an der Heidelberger Erklärung

hauptsächlich die Süddeutschen beteiligten, aber die wenig zahlreichen rechts von der Elbe sitzenden Nationalliberalen haben sich ihr nachträglich angeschlossen. Trotzdem findet man in einer Reihe von nationalliberalen Blättern, vor allen Dingen in der Nationalzeitung, einen Haß gegen alles „Agrariertum,“ der einem Eugen Richter Ehre machen könnte. In dieser Beziehung unterscheiden sich die norddeutschen Nationalliberalen durchaus nicht von den eingefleischten freisinnigen Manchesterleuten; im Süden dagegen finden wir — um in freihändlerischer Mundart zu reden — in der nationalliberalen Partei das ausgebildete Agrariertum. Die Betonung der landwirtschaftlichen Interessen ist eine unumgängliche Notwendigkeit für jede Partei, die nicht wie die Freisinnigen lediglich auf die große Masse der städtischen Wähler rechnet. Daß die nationalliberale Partei diese Wähler auf die Dauer nicht an ihre Fahnen bannen kann, liegt auf der Hand, denn erstens werden ihr die mit bessern Schlagwörtern arbeitenden demokratischen Parteien den kleinen Bürgerstand wegfangen, und die Arbeiter nimmt die Sozialdemokratie für sich, sodaß schließlich nur das sogenannte gebildete Bürgertum der Städte — Offiziere ohne Soldaten — übrig bleiben wird. Die nationalliberale Partei ist aber augenscheinlich bemüht, den Prozeß des Abfalls der städtischen Wähler noch zu beschleunigen. Der kleine Mittelstand in den Städten besteht vorwiegend aus Handwerkern, und so kommen wir denn zu einem weiteren großen Fehler der Nationalliberalen: zu ihrem negativen Verhalten in der Handwerkerfrage. Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß hier die Reste manchesterlicher Gesinnung dem Ansehen der nationalliberalen Partei bei dieser wichtigen Klasse des Bürgertums ganz bedeutend geschadet haben, und wenn hier keine Umkehr erfolgt, noch mehr Schaden werden. Dem alten Zauber des Wortes „Freiheit,“ der auch in der Gewerbefreiheit sein Unwesen treibt, haben sich auch die Nationalliberalen nicht entziehen können, während sie bei dem Worte Innung ein geheimes, ihnen selbst unerklärliches Gruseln empfinden. Es ist höchst merkwürdig: man spricht so oft von Hebung des Handwerkerstandes, man erkennt seine mißliche Lage an, und wenn dann die Handwerker sagen: so ist uns zu helfen, dann steht drohend der Popanz der Gewerbefreiheit hinter den Nationalliberalen und hindert sie daran, auch nur zu prüfen, ob nicht eine Organisation an Stelle der zügellosen Freiheit treten könnte, und ob es nicht ganz gut wäre, wenn jeder, der ein Handwerk selbständig ausüben will, vorher nachweisen müßte, daß er das Handwerk auch versteht, anstatt daß er das Publikum mit schlechter Arbeit bedient und so den Handwerkerstand schädigt, indem er durch seine schlechten Leistungen die fabrikmäßige Herstellung begünstigt. Es ist wohl nicht erforderlich, unsern Lesern langatmige Auseinandersetzungen über die Handwerkerfrage zu machen, sie sind darüber genau unterrichtet; aber sie wissen vielleicht nicht, welche üble Wirkung das Verhalten der Nationalliberalen in dieser Angelegenheit ausübt. Die Nationalliberale Kor-

respondenz stellt mit großer Genugthuung fest, daß die Hoffnungen der „Zünftler“ auf eine ihren Interessen entsprechende Vorlage im Reichstage zu schanden geworden seien, man höre in maßgebenden Kreisen nichts von einem derartigen Gesetzesentwurf. Was wird wohl der ehrsame Handwerker denken, wenn er diese Bemerkung in seiner Zeitung liest? Aber daran denken die Herren in Berlin nicht. In wie hohem Maße man in den Kreisen der Handwerker das Gefühl hat, daß beim Nationalliberalismus kein Verständnis für diese Fragen zu finden sei, zeigt sich denn auch deutlich bei den Wahlen. Bei der Wahlmännerwahl in Frankfurt am Main am 6. Oktober dieses Jahres haben sich, obwohl es sich um einen demokratisch-freisinnigen und einen nationalliberalen Kandidaten handelte, die Handwerker der Abstimmung enthalten und damit den Sieg des erstern herbeigeführt. Wir billigen die auf einen Beschluß des Handwerkervereins in Frankfurt erfolgte Wahlenthaltung der Handwerker nicht, finden es aber erklärlich, wenn sich die Handwerker sagen: beide Parteien thun nichts für uns, warum sollen wir uns also in ihren Kampf mischen? Daß dieser bemerkenswerte Vorgang bei den maßgebenden Politikern der nationalliberalen Partei keinen Eindruck gemacht hat, geht aus der erwähnten handwerkerfeindlichen Äußerung der Nationalliberalen Korrespondenz hervor, und wir haben denn auch die Hoffnung aufgegeben, daß die nationalliberale Partei in dieser Beziehung andre Bahnen einschlagen wird. Ebenso wenig glauben wir, daß sie den falschen Grundsatz, daß in wirtschaftlichen Fragen jedes Mitglied der Partei ungebunden sei, aufgeben werde, und so werden denn die Befehdungen der Freihändler und Schutzzöllner im eignen Lager fort dauern, wir werden nach wie vor in den norddeutschen nationalliberalen Blättern lesen, wie man die Getreidespekulation in Schutz nimmt, die man im Süden mit Recht nicht scharf genug verurteilen kann, und was dergleichen Anzeichen der Uneinigkeit mehr sind, die wir hier nicht alle aufzählen wollen.

Auch bezüglich der allgemeinen Politik läßt die Einigkeit der Partei zu wünschen übrig; die Beurteilung des wichtigsten Ereignisses der letzten Jahre, des Abganges des Fürsten Bismarck, ist durchaus nicht einheitlich gewesen: der städtische und norddeutsche Nationalliberalismus erblickt darin einen dankenswerten Entschluß der Krone, im Süden wird man sich dagegen, so lange Bismarck lebt, nicht daran gewöhnen können, seinen Sturz auch nur mit Gleichmut als eine unabänderliche Thatsache hinzunehmen, die große Mehrheit der Partei aber hält entschieden zu dem großen Staatsmanne. Wir werden vielleicht bei der Militärvorlage die Folgen dieser Gesinnung erkennen. Einem Bismarck hätte die Partei die großen Forderungen ohne Zweifel bewilligt, der jetzigen Regierung bringt man namentlich im Süden nicht das Vertrauen entgegen, das zu einem solchen Opfer erforderlich wäre, und die norddeutschen Nationalliberalen haben noch zu viel Reste freisinniger Anschauungen, als daß

sie leichten Herzens so große Militärforderungen bewilligen könnten. So dürften denn verschiedene Gründe die verschiedenen Bestandteile der Partei zu demselben für die Regierung unerfreulichen Ergebnis führen.

Um zum Schluß doch auch noch einen Punkt hervorzuheben, worin die nationalliberale Partei einig ist, so weisen wir auf ihr Verhalten gegen die katholische Kirche hin; wir sagen absichtlich die katholische Kirche und nicht den Ultramontanismus. Ihre Katholikenfeindschaft war den norddeutschen und den süddeutschen Nationalliberalen gemein, aber die Partei macht hierbei den Fehler, daß sie die geschichtlich gewordne katholische Kirche mit den überspannten hierarchischen Anforderungen der Hekkapläne verwechselt und so vielfach wenigstens das Kind mit dem Bade ausschüttet. Außerdem verkennet sie vollkommen, daß das Zentrum, so weit nicht kirchenpolitische Fragen maßgebend sind, durchaus volkstümliche Forderungen stellt und in manchen Beziehungen der nationalliberalen Partei geradezu als Vorbild dienen könnte. Im Zusammenhange mit diesem Verhalten gegen die katholische Kirche steht die einseitige Bevorzugung der Protestantenvereinsrichtung innerhalb der evangelischen Kirche, worin sich die Nationalliberalen wiederum mit den Freisinnigen berühren, ohne zu bedenken, daß ein wahrhaft freiheitlicher Standpunkt auf religiösem Gebiete die orthodoxe Richtung oder das positive Christentum ebensogut anerkennen müßte.



Hamburg und die Cholera

Ein Wort der Verteidigung



un die schreckliche Seuche, die länger als zwei Monate in Hamburg gewütet hat, erloschen ist, und die begreifliche Besorgnis, daß die Krankheit von Hamburg aus auch das übrige Deutschland ergreifen möchte, keinen fruchtbaren Boden mehr für die Verbreitung der abenteuerlichsten Erfindungen sensationslüsterner Reporter bildet, dürfte der Augenblick gekommen sein, einmal in ruhiger und sachlicher Weise die mannichfaltigen Vorwürfe zu besprechen, die gegen Hamburg, gegen seine Verfassung und Verwaltung und gegen seine leitenden Personen erhoben worden sind. Es liegt uns dabei fern, behaupten zu wollen, daß diese Vorwürfe in jeder Beziehung unberechtigt gewesen seien. Fehlgriffe und Unterlassungen sind vorgekommen, und wie bei jedem großen Unglück, das mit elementarer Gewalt hereinbricht, hat sich auch in diesem Falle wieder die Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen und der menschlichen Natur